№ 36. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Sonnabend den 23. März 1850.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement für die Lausitzer Zeitung. Dieselbe erscheint **wöchentlich dreimal**, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend, in einem Bogen Folio für den **vierteljährlichen** Pränumerationspreis von 12 Sgr. 6 Pf., und ist solche auch durch sämmtliche Königl. Postanstalten des Preuß. Staats zu beziehen. **Inserate** finden durch die Zeitung eine weite Verbreitung und werden mit 6 Pf. für den Raum einer Petitzeile berechnet.

Die Zeitung hält sich frei von aller Parteieinseitigkeit und wird stets nach Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz streben. Unterstützt durch mehrfache Mitarbeiter, auf deren Vermehrung wir stets bedacht sind, und begünstigt durch die glückliche geographische Lage unserer Stadt hoffen wir in Mannigfaltigkeit, Neuheit und Gediegenheit des Inhalts unsern Lesern genügen zu können. Insbesondere aber werden wir unser Augenmerk immer mehr und mehr den Lausitzer Interessen zuwenden, und bieten hierdurch Jedem die Hand, der zu Nutz und Frommen unserer theuren Heimath thatkräftig mitwirken kann und will.

Die Expedition der Lausitzer Zeitung.

Vereinstag in Erfurt.

Erfurt, 20. März. Heute Morgen erfolgte in der angekündigten Weise die Eröffnung des Parlaments. Der hiesige Sängerbund durchzog um 9 Uhr mit Musik und Fahnen die Hauptstraßen der Stadt. Die Barfüßer- und Wigbertus-Kirche, wohin die Abgeordneten sich um 10 Uhr zum Gottesdienst begaben, waren dicht gefüllt, und auch um das Regierungsgebäude bildeten sich einige Gruppen. Der für die Eröffnung bestimmte Saal dieser ehemaligen kurmainzischen Residenz bietet in seiner dem späteren Renaissancestyl angehörigen Architectur nichts Ausgezeichnetes. Die hier getroffenen Zurüstungen waren sehr einfach. Längs der Hauptwand waren auf einer geringen Erhöhung 16 Stühle für die Mitglieder des Verwaltungsrathes, und vor dem Platze des Vorsitzenden ein Tisch aufgestellt. Der ziemlich enge untere Raum war ganz mit Stühlen für die Abgeordneten ausgefüllt. An den beiden Seitenwänden befanden sich Kamine, in denen ein lebhaftes Feuer unterhalten wurde, wie die kühle Temperatur es forderte. Den Sitzen des Verwaltungsrathes gegenüber war eine nach den Verhältnissen des Saales ziemlich geräumige Tribüne angebracht, welche bald von einem sehr gewählten Publikum besetzt wurde. Die Abgeordneten fanden sich nach 11 Uhr allmälig ein. Graf Brandenburg, Hr. v. Manteuffel und Graf Arnim nahmen benachbarte Sitze in der vorderen Reihe ein. Nach 11½ Uhr traten sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsrathes ein. Die Abgeordneten hörten die von Herrn v. Radowitz verlesene Eröffnungsbotschaft stehend an:

„Meine Herren! Die durch das Statut vom 26. Mai verbündeten Regierungen haben sich verpflichtet, dem deutschen Volke eine Verfassung nach dem damals zugleich eröffneten Entwurfe zu gewähren und einem Reichstage zur Genehmigung vorzulegen. Man ging damals allerdings von der Erwartung aus, daß ganz Deutschland außer den österreichischen Staaten sich diesem Bündnisse anschließen werde, doch wurde hiervon der Vollzug selbst nicht abhängig gemacht, sondern im §. 1. bereits die Möglichkeit vorausgesehen, daß vielleicht auch andere Staaten nicht beitreten würden. Sobald demnach durch die nach und nach eingehenden Erklärungen feststand, daß die große Mehrheit der deutschen Regierungen zum Anschluß entschlossen war, durften die verbündeten Staaten nicht zögern, das der Nation gegebene Versprechen, soweit es an ihnen lag, zu erfüllen, obgleich Bayern, Württemberg und einige kleinere Regierungen theils den Beitritt versagten, theils sich vorläufig jeder bestimmten Entscheidung enthielten. Nur Hannover und Sachsen waren anderer Ansicht; sie hielten es nicht für zeitgemäß, mit der Berufung eines Reichstags vorzuschreiten, bis das Verhältniß zu Oesterreich oder doch zu Bayern und Württemberg festgestellt sei. Sachsen ist bei dieser Ansicht stehen geblieben, Hannover aber hat sich von dem Bündnisse ganz losgesagt, und es ist deshalb vom Verwaltungsrathe die Einreichung einer Klage beim Bundesschiedsgerichte beschlossen worden. Bis zur Entscheidung dieser Angelegenheit aber sind beide Regierungen auch ferner als Mitverbündete zu betrachten und bei ihren früheren Verpflichtungen festzuhalten.

„Das gegenwärtige Parlament ist zusammengetreten, um das Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen. Es werden Ihnen neben dem Entwurfe der Verfassung des deutschen Reiches und dem Wahlgesetze für die Abgeordneten zum Volkshause auch zwei Reichsgesetzentwürfe, betreffend das Reichsschiedsgericht und das Verbrechen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich vorgelegt werden. Da manche Verfassungsbestimmungen nicht auszuführen sind, bis das Verhältniß zu den übrigen deutschen Staaten geordnet sein wird, so wird zugleich eine Additional-Acte zur Prüfung und Erklärung des Parlaments eingebracht werden. Auch in Betreff der Zoll- und Handels-Angelegenheiten liegen eigenthümliche Verhältnisse vor, welche eine Modification der Verfassungsbestimmungen bedingen. Da Oldenburg und die Hansestädte bei dem Rücktritte Hannovers in eine ganz isolirte Stellung gerathen würden, so reicht hier auch die Additional-Acte nicht aus. So lange jene Isolirung dauert, wird für die Handelsinteressen jener Staaten eine besondere Vertretung stattfinden müssen und ihr Verhältniß zum Bunde in dieser Beziehung wird nur durch besondere Verträge geregelt werden können. Es müssen jenen Staaten ferner Separat-Handels-Verträge gestattet bleiben, jedoch dürfen dieselben nur provisorischer Natur und den Bundesinteressen nicht verderblich sein, besonders aber darf dadurch nicht die politische Einheit des Bundesstaates zerstört werden. Die Regelung dieser verwickelten Verhältnisse dürfte vorerst am Zweckmäßigsten dem Verwaltungsrathe überlassen und ihre definitive Feststellung einem künftigen Parlamente vorbehalten bleiben.

„Die Vertretung des Verwaltungsrathes im Parlament ist in die Hände von fünf Commissarien gelegt worden. Es sind diese Functionen dem General v. Radowitz, dem Staatsminister Freiherrn v. Carlowitz, dem Legationsrath Dr. Liebe, dem Präsidenten Vollpracht und dem Geh. Rath Freiherrn v. Lepel übertragen worden, welche demnach den öffentlichen Sitzungen beiwohnen, sowie zu allen nöthigen Mittheilungen und Aufschlüssen in den Ausschüssen und Commissionen bereit sein werden.

„Ich erkläre hierdurch im Namen der verbündeten Regierungen dieses Parlament für eröffnet.“ —

Hierauf verließen die Anwesenden den Saal und begaben sich nach ihren Sitzungslocalien in der Augustinerkirche.

1. Sitzung des Staatenhauses. Das Sitzungslocal des Staatenhauses ist ein Rechteck, an dessen einer schmalen Seite der Sitz des Präsidenten, das Bureau und die Rednerbühne sich befinden. Rechts und links laufen von da ab zwei Brüstungen, hinter denen zwei Reihen Stühle stehen. Links vom Präsidentensitze, in der Höhe und Breite der Brüstungen, ist der Tisch für die Kommissare des Verwaltungsraths mit 5 Sitzen. Vor der Rednerbühne hat der Stenographentisch seine Stelle gefunden, und von da ab folgen 7 Reihen Stühle, in jeder Reihe 8, für die Abgeordneten, so daß sich Plätze für etwa 100 Personen im Staatenhause vorfinden. Der Fußboden ist mit einem sehr schönen Teppich belegt, die geschmackvollen Möbel und die getäfelten Brüstungen, Präsidentensitz ꝛc. sind in nußbrauner Farbe gehalten. Von den 8 großen Kirchenfenstern sind 2 zum großen Theil durch Draperie bekleidet; 4 derselben enthalten alte schöne Glasmalereien. 3 dieser letzteren, ein größeres in der Mitte und je ein kleineres daneben, befinden sich in der Wand hinter dem Präsidentensitze. Die aus Holz gearbeitete Decke mit holzfarbenem Anstrich läuft dachförmig zu, die Verbindungsbalken werden durch

broncirte Eisenstangen ersetzt. Die Wände sind mit grauer Leinwand überkleidet, zur Drapirung ist hellblauer Thibet und ein rothbrauner Wollendamast verwendet. An der dem Präsidentensitze gegenüberliegenden Wand, ziemlich hoch belegen, ist die einzige Zuhörertribüne angebracht, welche 3 Reihen Stühle hat und etwa 50 bis 60 Personen faßt. Eine Journalistentribüne existirt bis jetzt noch nicht, auch ist auf der einzigen vorhandenen Tribüne keine Einrichtung getroffen, um dort schreiben zu können. Ueber einen gleichen Mangel im Volkshause hört man allseitig klagen und es ist zu erwarten, daß demselben bald abgeholfen werde. — Bemerkenswerth ist, daß die Sitze der Abgeordneten sämmtlich mit einer schwarz-roth-goldenen Schleife geschmückt waren.

Bald nach 12 Uhr treten die meisten Abgeordneten des Staatenhauses durch die Eingangsthür unweit des Sitzes der Kommissarien ein. Die Kommissare des Verwaltungsrathes, Frhr. v. Carlowitz und Dr. Liebe, nehmen ihre Sitze ein.

Freiherr v. Carlowitz erhebt sich: „Hochgeehrte Herren! Als Mitglied des Verwaltungsraths bin ich beauftragt, diejenigen Schritte einzuleiten, welche für die demnächstige Constituirung des Staatenhauses erforderlich sind. Es ist dies zuerst die Ermittelung des Alters und die Bestimmung des Alterspräsidenten und die der jüngsten Mitglieder als Schriftführer und Sekretäre. Ist dies geschehen, dann werde ich weitere Mittheilungen zu machen mir erlauben.“ (Ruf von verschiedenen Seiten: Eichhorn!) Der Abg. Eichhorn, durch das Alter Präsident der Versammlung, übernimmt den Präsidentensitz: „Ich folge dem Rufe einer hohen Versammlung und übernehme das Amt eines Alterspräsidenten.“ — Sodann schreitet man zur Bildung des Bureau's und es werden die Abgg. Kleist-Retzow, Graf Dohna und 2 andere (unbekannte) Abgeordnete zu Schriftführern ernannt. Der Alterspräsident schlägt behufs Constituirung der Versammlung den Namensaufruf der Einzelnen vor.

v. Carlowitz: Ich habe der hohen Versammlung nun folgende Vorlagen mitzutheilen: den Entwurf der Verfassung mit der Additional-Acte und der dazu gehörigen Denkschrift, den Entwurf eines Gesetzes über Hoch- und Landesverrath gegen das Reich, den Gesetzentwurf über das Reichsschiedsgericht und eine Geschäftsordnung für die Verhandlungen beider Häuser. Die letztere empfehle ich Ihrer baldigen provisorischen Annahme, wobei es sich von selbst versteht, daß dieselbe eine künftige Annahme oder Ablehnung nicht präjudiziren kann. — Nach einiger Debatte über die Fragestellung wird die provisorische Geschäftsordnung mit großer Majorität angenommen. — Abg. v. Patow beantragt nun nach Maßgabe der eben angenommenen Geschäftsordnung die Wahl des provisorischen Präsidenten. — Der Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen und demgemäß die Stimmzettel vertheilt. Es erhalten Stimmen R. v. Auerswald 50, Fürst zu Solms-Lich 8, Graf Arnim 3, v. Strotha 1, v. Schleinitz (Braunschweig) 1. — Nachdem der Alterspräsident den Abg. v. Auerswald zum provisorischen Präsidenten erklärt, überläßt er demselben den Präsidentensitz, der ihn mit einigen anerkennenden und dankenden Worten einnimmt. — Hierauf findet die Verloosung der 5 Abtheilungen statt. — (Schluß 1½ Uhr. Zur nächsten Sitzung wird der Präsident besonders einladen.)

1. Sitzung des Volkshauses. Die Form und die ganze äußere Ausstattung des Saales des Volkshauses entspricht in der Hauptsache den angegebenen Verhältnissen des Staatenhauses, und nur die etwas größeren Dimensionen haben einige Abweichungen herbeigeführt. Der Präsidentenstuhl und die Rednertribüne befinden sich hier an der längeren Wand des Saales, und die Sitze der Commissarien diesen unmittelbar gegenüber an der Gegenwand. Zur Rechten und Linken breiten sich in zwei gesonderten Gruppen die Sitze der Abgeordneten aus, und nur eine einzige Reihe von Stühlen unmittelbar vor dem Tische der Commissarien bietet für ein die beiden Seiten des Hauses verbindendes Centrum Raum. Der Saal empfängt das Licht theils durch ein großes Kirchenfenster gegenüber der das Staatenhaus abschneidenden Zwischenmauer, theils von der Decke herab durch einige Lichtfenster. Eine Tribüne längs der Hauptwand umfaßt die reservirten Logen für die Mitglieder des Verwaltungsrathes und Staatenhauses und für die Diplomatie; eine zweite an der Gegenseite ist für das größere Publikum bestimmt; beide zusammen nehmen jedoch nicht mehr als höchstens 250 Zuhörer auf, und die Erfahrung stellt gegenwärtig die früheren Berechnungen in dieser Beziehung als irrig heraus. — Nach 12 Uhr traten die Abgeordneten und die Commissarien v. Radowitz, Vollpracht und v. Lepel ein, und Ersterer eröffnete die Sitzung mit der Aufforderung an das Haus, zur Constituirung zu schreiten. Auf den Vorschlag des Grafen Schwerin nahm Graf Frankenberg als ältestes Mitglied den Präsidentenstuhl ein. Er trat seine Funktionen mit folgenden Worten an: Ein zufälliger Umstand ruft mich einige Augenblicke auf diesen Platz. Ungewohnt der parlamentarischen Formen bitte ich um Ihre Nachsicht. Es wäre Vermessenheit, wenn ich mir ein Wort über die Größe unseres Berufes gestatten wollte. Soll unser Bau gelingen, so müssen wir mit dem festen Willen an denselben gehen, alle sich darbietenden Schwierigkeiten zu beseitigen, und zwar sie in möglichst kurzer Zeit zu beseitigen. Lassen Sie in diesem Willen uns hier zusammenschaaren. — Die 4 jüngsten Mitglieder werden hierauf als Schriftführer proclamirt.

Herr v. Radowitz kündigt hierauf nochmals die bereits in der Eröffnungsbotschaft bezeichneten Vorlagen an, und überreicht zugleich den Entwurf einer allgemeinen Geschäftsordnung, deren vorläufige Annahme en bloc er empfiehlt. Es sei nach derselben zunächst durch absolute Majorität ein provisorischer Präsident zu wählen, dann aber zur Bildung von 7 Abtheilungen durch das Loos und zur Prüfung der Wahlen durch dieselben zu schreiten. Das Haus, bemerkt er zuletzt, ist beschlußfähig, sobald die Wahlen der Hälfte der Mitgliederzahl legitimirt sind. Die Gesammtzahl beträgt 260, einschließlich der Abgeordneten für Hannover und Sachsen. Diese sind einzurechnen, und es beträgt daher das Minimum der beschlußfähigen Anzahl 131.

v. Viebahn: Selbst die Ernennung eines provisorischen Präsidenten ist eine Angelegenheit von Bedeutung. Viele unserer Collegen sind noch nicht eingetroffen, und ich beantrage daher, die provisorische Fortführung der Geschäfte bis zur Beendigung der Wahlprüfungen dem Herrn Alterspräsidenten zu übertragen. Ich beantrage ferner, schon heute sofort zur Ausloosung der 7 Abtheilungen zu schreiten, und die Berathung und Beschlußnahme über die vorgelegte Geschäftsordnung auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Diese Anträge werden sämmtlich angenommen, und es unterzieht sich hierauf der Schriftführer v. Bismark-Schönhausen der Ausloosung der Namen. Dieselbe ergiebt, daß bis jetzt 157 Abgeordnete anwesend sind.

Der Präsident fordert die Abtheilungen auf, sich morgen früh um 9 Uhr zu constituiren, und sich hierauf sofort mit den Wahlprüfungen zu beschäftigen. Er bemerkt jedoch, daß bis jetzt nur erst äußerst wenige Wahlprotokolle eingegangen sind. — Nächste Sitzung Morgen früh 12 Uhr. Tagesordnung: der Entwurf einer Geschäftsordnung.

Die Abgeordneten des Volkshauses nahmen heute ihre Sitze ohne eine strenge Scheidung nach Fractionen ein; doch wählten die Herren v. Vincke, Harkort, Duncker, Beseler, Simson ihre Plätze auf der Linken. Herr v. Beckerath und Graf Schwerin saßen im linken Centrum, Graf Brandenburg, v. Gerlach, Stahl und fast sämmtliche der Armee angehörige Abgeordnete auf der Rechten. — Was die Frage der Vertagung betrifft, so war allerdings vor Kurzem noch im Verwaltungsrathe die Ansicht überwiegend, daß nach Annahme der Verfassung und der Additional-Acte en bloc Hannover und Sachsen nochmals zur Beschickung des Parlaments binnen einer Frist von 6 Wochen aufzufordern seien, mit der Ankündigung, daß man widrigenfalls ohne sie mit der Revision vorschreiten werde. Man gab sich dabei der Erwartung hin, daß der moralische Eindruck der ersten Verhandlungen des Parlaments und des Dastehens der Union als vollendeter Thatsache jene beiden Regierungen von der zuletzt eingeschlagenen Bahn zurücklenken werde. Nach den letzten Schritten derselben ist freilich der Erfolg einer solchen neuen Anmahnung mehr als zweifelhaft, und es wird daher die damit in Verbindung stehende Frage einer 6wöchentlichen Vertagung noch weiteren Erörterungen unterliegen. Das Gerücht von einer sofortigen längeren Vertagung noch vor Annahme der Verfassung wird uns wiederholt als grundlos bezeichnet. Vielmehr werden die Sitzungen durch das Osterfest nur eine kurze Unterbrechung erfahren und schon am 3. April wieder beginnen. (Nat.-Ztg.)

Deutschland.

Berlin. 20. März. Die württembergische Thronrede ist ein zu „ungeberdiger Ausfall“ gegen das Haus Hohenzollern und gegen Preußen, als daß nicht auch die Neue Preuß. Zeitung ungeachtet ihres eigenen Widerspruchs gegen das Bündniß vom 26. Mai ihre Entrüstung darüber äußern sollte.

„Der König von Württemberg, sagt das Blatt, stemmt sich Preußen gegenüber mit einem gewissen Nachdruck auf den Boden des deutschen Rechts; aber ist es denn das geheiligte Recht der Verträge, dessen Wahrung er sich angelegen sein läßt? Das Bundesrecht kennt keine „deutschen Stämme“, wie sie nach dem münchener Vertrage in willkürlicher Abgrenzung die künstliche Grundlage einer rechtswidrigen Umgestaltung der deutschen Verfassungs-Verhältnisse bilden sollen; es kennt nur deutsche Staaten und ihre Regierungen, deren großer Mehrzahl nach dem Vorschlage der drei Rheinbundkönige jetzt ihre geheiligten Rechte entzogen werden sollen.“

Weiterhin heißt es: „Während der König von Württemberg eine Sprache gegen Preußen führt, als ob 400,000 Bayonnette hinter ihm ständen, betheuert er vor der liberalen Opposition

seiner Kammer, seine Regierung sei nie „absolut" noch „reaktionär" gewesen; erklärt er vor dem Angesicht der unbedingten Fortschritts-partei seine volle Bereitwilligkeit, „in allen neuen Wegen mitzugehen und die neuen „gesellschaftlichen Thatsachen" zum Besten des Volkes zu lenken." — Welche Mischung von Furcht und Uebermuth, welche Gegensätze — die indessen vielleicht bald durch eine „neue gesellschaftliche Thatsache" ihre Ausgleichung erhalten?"

Die Constitutionelle Zeitung sieht in dem Auftreten des Königs von Württemberg das Zeichen eines größeren Planes gegen den Bundesstaat, und fordert die Politiker, welche an der Verwirklichung des letzteren mitzuwirken haben, zu desto größerer Einigkeit auf.

„Die Sicherheit des Königs von Württemberg ruht nicht auf seiner tüchtigen Persönlichkeit allein, nicht blos auf seiner Stellung ohne Ausweg gegenüber einer radikalen Kammer und einem durchwühlten Lande: er ist offenbar der vorgeschobene Posten der noch schweigsamen Könige, und mehr als eines drohenden Kaisers. Sofort in den nächsten Tagen hat Wilhelm I. die Fehde mit seinen Ständen vor sich, vor Ablauf einer Woche vielleicht hat er von ihnen an sein Volk zu appelliren, vielleicht selbsteigen und allein die Revision der Verfassung anzuordnen."

„Einem Kampf von so wenig berechenbaren Folgen setzt man sich nicht aus, ohne eines zuverlässigen, eines zugesagten Beistandes sich versichert zu haben."

„So tritt am Vorabend des erfurter Reichstages, an den zu glauben man so lange sich geweigert, den zu verhindern man vergeblich gehofft hat, für unsere Regierung, für ihre Verbündeten, für diesen Reichstag selbst, in den Vordergrund der Bestrebungen eine Aufgabe von schwerster Verwickelung, von höchster Verantwortlichkeit! eine Aufgabe, die durch die Nichterledigung der schleswig-holsteinischen wahrlich nicht erleichtert ist! Mögen die dahin Berufenen sämmtlich offenes, gegenseitiges Vertrauen sich zum gemeinsamen Gesetz machen, Muth und Patriotismus zur alleinigen Richtschnur ihres Thuns erheben! Wer für einen solchen Moment Parteiwuth und Vorurtheil, Mißtrauen und Eigensucht nicht daheim gelassen, den wird das Vaterland richten!" (D. Ref.)

Berlin, 21. März. Die Antwort Preußens auf die Pfordten'sche Uebereinkunft soll bereits in München eingetroffen sein.

Berlin. Die lange ersehnten Etats für die Justizbehörden, bei welchen in Folge der neuen Justiz-Organisation alle Stellen bisher nur interimistisch besetzt waren, sind nunmehr nach Feststellung des Staatshaushaltsetats endlich eingegangen, und es werden dieselben nächstens zur Publikation und Ausführung gelangen. Es sollen die Etats aber den bedeutenden Hoffnungen, welche die allerdings nur spärlich besoldeten Justizbeamten auf solche gesetzt hatten, nicht entsprechen, vielmehr sollen im Allgemeinen die früheren Normalsätze, namentlich in Bezug auf die Besoldung der Unterrichter und Subalternen nicht erheblich überschritten sein. Für die Staatsanwaltschaften soll der Etat sich einigermaßen günstiger stellen. (Nat.-Z.)

Erfurt, 19. März. Unter den Vorlagen des Verwaltungsrathes befindet sich auch der Entwurf der allgemeinen Geschäftsordnung für beide Häuser. Derselbe schließt sich fast durchgehends an das Reglement für die preußischen Kammern an. Beide Häuser wählen einen Präsidenten und zwei Vicepräsidenten zuerst auf 4 Wochen, dann für die übrige Dauer des Reichstages. Das Staatenhaus wird durch das Loos in 5, das Volkshaus in 7 Abtheilungen getheilt; von diesen werden die Ausschüsse gewählt, welche in der Regel alle Vorlagen und Anträge für die Berathung im Plenum vorzubereiten haben. Die Berichte der Ausschüsse müssen wenigstens 24 Stunden vor dieser Berathung gedruckt in den Händen aller Mitglieder sein. Die Oeffentlichkeit der Sitzungen kann nur auf Antrag des Verwaltungsrathes zum Zwecke vertraulicher Mittheilungen oder auf Antrag von wenigstens 20 Mitgliedern ausgeschlossen werden. Die Reihefolge der Redner bestimmt das Loos. Anträge auf namentliche Abstimmung müssen von wenigstens 50 Mitgliedern unterstützt werden. — Neu ist die Bestimmung, daß Mitglieder wegen ordnungswidrigen oder unwürdigen Verhaltens in oder außer dem Hause ausgeschlossen werden können. Zu einem solchen Beschlusse ist eine Mehrheit von mehr als ⅔ erforderlich, und die Verhandlung findet bei geschlossenen Thüren statt. Was das Geschäftsverhältniß der Häuser unter sich und zu dem Verwaltungsrathe betrifft, so ist der Verwaltungsrath die Behörde, welche mit dem Reichstage zu verhandeln hat. Er bestimmt Commissare, welche das Recht haben, den Verhandlungen beider Häuser beizuwohnen, und jederzeit von denselben gehört zu werden. Dieselben sind zugleich verpflichtet, auf Verlangen eines jeden der Häuser in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb solche nicht ertheilt werden könne. Wenn die beiden Häuser die Revision des Verfassungsentwurfes beendigt haben, und abweichende Beschlüsse noch bestehen geblieben sind, so treten die beiden Verfassungsausschüsse zusammen, um durch weitere Berathung eine völlige Uebereinstimmung beider Häuser möglichst zu erleichtern. Auch in andern Fällen findet bei einem Dissensus beider Häuser eine Conferenz der betreffenden Ausschüsse zum Behuf der Verständigung statt. — Die Polizei-Verwaltung hat eine Bekanntmachung erlassen, durch welche während der Dauer des Parlaments die an die Augustinerkirche grenzenden Straßen für Fuhrwerk gesperrt werden. Auch wird verboten, sich in denselben truppenweise aufzustellen und jede Renitenz mit sofortiger Verhaftung bedroht. (Nat.-Z.)

Hannover, 20. März. Die Niedersächs. Ztg. ist jetzt „in der Lage", mit ziemlicher Gewißheit eine Veränderung in der Administration vorhersagen zu können. „Die neuerlichen Schritte der Regierungen von München, Dresden, Stuttgart, das Benehmen Oesterreichs und die herannahende Gefahr von Erfurt, sollen Se. Majestät einestheils und Herrn Stüve selbst anderntheils davon überzeugt haben, daß die bis jetzt verfolgte Politik des Letzteren im gegenwärtigen Augenblicke als durchaus unhaltbar zu betrachten sei." Die Ministerpartei in den Kammern wird nun endlich doch wohl auf die Dinge, die außer dem Ständehause vorgehen, einige Aufmerksamkeit richten und auch in den Kammern ihren Indifferentismus aufgeben. (Z. f. N.)

Stuttgart, 16. März. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde der Abgeordnete Schoder zum Präsidenten gewählt. Er sagte unter Anderem:

Mögen inmitten des traurigen Zwiespaltes und der Zerrissenheit, welche, Dank der Verwerfung der Reichsverfassung durch die größeren Regierungen! im weiteren und im engeren Vaterlande herrscht, inmitten der vielfach frechsten und gefährlichsten Bedrohungen der in den verflossenen Jahren auf gesetzlichem Wege erworbenen bürgerlichen Freiheit, die verschiedenen Parteien dieses Hauses sich zusammenschaaren, und auch da, wo Uebereinstimmung der Ansichten nicht zu erzielen ist, in versöhnlicher und anerkennender Weise sich begegnen! Die deutsche Frage, welche durch das Dreikönigsbündniß vom Jahre 1850, mag das Streben seiner Stifter noch so rein sein, so wenig gelöst werden wird, als durch das Dreikönigsbündniß des Jahres 1849, wird zunächst nicht Gegenstand der Berathung dieser hohen Versammlung sein müssen; Sie werden sich sogleich den inneren Verhältnissen zuwenden können, und dieses, glaube ich, ist der Boden, auf welchem der Parteihaß verschwinden und Harmonie die Gemüther verbinden sollte. Ist ja doch die Erhaltung der Grundrechte und Umgestaltung unserer Verfassung nach der Vorschrift und dem Geiste der Grundrechte und der neuen Zeit das Verlangen, welches im rechten wie im linken Lager und ebenso im ganzen gesunden Kern unseres Volkes widerhallt. Unser Wahlspruch sei: Entschiedenheit in Bewahrung und Vertheidigung der auf verfassungsmäßigem Wege bereits erworbenen Rechte, Mäßigung und Berücksichtigung der Zeitverhältnisse, da wo es sich um Erringung neuer Volksrechte handelt. Indem wir uns von diesem Wahlspruche leiten lassen, werden wir, möge der Ausgang unserer Wirksamkeit sein, welcher er wolle, als Männer von Ehre und Gewissen seiner Zeit aus diesem Saale scheiden. Und so möge denn der Lenker der menschlichen Schicksale unsere Verhandlungen zu einem segensreichen Ziele führen. (Cöln. Z.)

Stuttgart, 19. März. Die zweite Sitzung der Württembergischen revidirenden Kammer hat die künstliche Mäßigung der demokratischen Kammermajorität deutlich gezeigt. Dieselbe hat von einer Antwort auf die Thronrede Abstand genommen. Zwei Regierungsvorlagen betreffen die Bewilligung der Steuern für den Rest des Etatsjahres und Emittirung der bereits genehmigten drei Millionen Papiergeld. Was die deutsche Frage anlangt, so fand Preußen unter den Vertretern Württembergs würdevolle und umsichtige Anwälte. (Ref.)

Kiel, 16. März. Die seit längerer Zeit erwartete Schrift von den Professoren Droysen und Samwer über die dänische Politik ist im Buchhandel erschienen und findet reißenden Absatz. Sie gewährt einen tiefen Blick in die von dem dänischen Cabinet seit einer langen Reihe von Jahren befolgten Politik, einer Politik, die ihrem innern Gehalte nach sowie wegen der Treulosigkeit und Verwerflichkeit ihrer Mittel nur zum Verderben Dänemarks und der Herzogthümer führen konnte. Nicht das Wohl der dänischen Monarchie, nicht die Vermehrung der Kraft, der Größe und des Glücks Dänemarks war das Ziel dieser Politik, sondern nur das persönliche Interesse einzelner fürstlicher Individuen fand durch dieselbe Berücksichtigung. Friedrich VI. wollte die Nachkommen seiner Tochter, Christian VIII. die Nachkommen seiner Schwester auf den Thron bringen und Beide wollten das Königsgesetz nicht opfern, um keinen Titel ihrer Macht zu verlieren. Um dies durchzuführen, mußten die Augustenburg'schen Fürsten nicht nur von der Thronfolge in Schweden im Jahre 1810 verdrängt, sondern auch ihrer Erbrechte in den Herzogthümern beraubt werden, und zu diesem Zwecke wurden die niedrigsten und verwerflichsten Mittel gegen sie angewendet. Daß eine solche Politik weder Glück noch Segen bringen konnte, ist leicht zu begreifen. Der Verlust Norwegens und ein blutiger Kampf zwi-

schen Dänemark und den Herzogthümern war die natürliche Folge derselben. Mit scharfen Zügen ist dies in jener Schrift geschildert und zugleich mit Briefen und Actenstücken belegt, welche die betreffenden Personen in einem bisher nicht gekannten Lichte zeigen. Auch über die Kopenhagener Revolte im März 1848 gibt die Schrift höchst merkwürdige und interessante Aufschlüsse. Man ersieht daraus, wie die Dänen mit ihrem Könige, der Majestät und dem Königthum umgesprungen sind, und wie sie sich damals ihres Monarchen bedient haben, gleichsam als eines Schildes, um damit die Blößen ihrer Revolution zu decken. (B.-H.)

Oesterreichische Länder.

Wien, 19. März. Ein neuer Erlaß des F.-Z.-M. Haynau aus Pesth verkündet die auf Antrag des Ministerraths von S. M. dem Kaiser anbefohlene sofortige Entlassung jener eingereihten Honved's, die nicht vollkommen dienstfähig sind, das 38. Lebensjahr zurückgelegt haben (besonders Gravirter ausgenommen) und dem geistlichen Stand irgend einer Confession angehören.

Böhmen. Bei dem in Böhmen an der sächsischen Grenze aufgestellten Armeecorps hat der Krankenbestand bereits die große Zahl von 2000 Kranken erreicht. Die Armee ist darum sich selber furchtbarer als dem Feinde. Erzherzog Albrecht übernimmt zu dem Oberbefehl derselben nun auch das Landesmilitär-Commando an der Stelle des nach Galizien abgehenden F.-Z.-M. Graf Khevenhüller. (Nat.-Z.)

Pesth, 13. März. Die Nachrichten von Raubanfällen aus den untern Gegenden mehren sich auf schaudererregende Weise und erst kürzlich wurden zwei Wiener Reisende in der Nacht bei dem Nachhausegehen mörderisch angefallen und ausgeplündert, wobei der Eine todt auf dem Platze blieb. Dies war auch die Ursache, warum die meisten Kaufleute zum letzten Josephimarkt die Wasserstraße wählten, so daß die Dampfschiffe die Menge Passagiere und Waaren kaum schleppen konnten.

Galizien, 14. März. Seit einiger Zeit hören wir täglich nur von Mord und Todtschlag, verübt in den entgegengesetztesten Theilen unseres Kreises. In einem und demselben Dominium fiel im Verlaufe nicht langer Zeit bereits der fünfte Mordfall vor. (C. Bl. a. B.)

Krakau, 15. März. Eine Proclamation des russischen Kaisers an seine Truppen hat hier außerordentlich gewirkt und einen beunruhigenden Einfluß auf die Gemüther ausgeübt. Die Exaltirten glauben den allgemeinen Weltkrieg schon ganz bestimmt vor der Thür, und selbst die Gemäßigten fangen an, bedenklich das Haupt zu schütteln.

Frankreich.

Der „Lloyd" vom 17. März theilt einen für die Charakteristik der gegenwärtigen Zustände Frankreichs sehr interessanten Brief mit, dem wir Nachstehendes entnehmen: „Der sociale Paroxismus hat sich bis zum Wahnsinn gesteigert. Wozu sind nicht Menschen fähig, welche in die Hände klatschen, wenn man ihnen sagt: „In Frankreich gibt es nur noch Patrioten oder Räuber. Es ist Zeit, daß die wahre Republik gegründet werde. Keine Kutschen, keine Kaleschen mehr, kein Silberzeug mehr! dieses Spielzeug müßt Ihr auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen und mit hölzernen Gabeln essen." Und das sind noch die Gemäßigten, die so reden. In Montrouge habe ich folgende Worte gehört: „Bis 1852 wird das Volk sich gedulden, dann aber wird es sich erheben und seine Schlösser wiedernehmen und zu seinen Miethsleuten sagen: Eure Pacht ist um, an uns ist jetzt die Reihe, Eure Wohnungen zu beziehen. — Die Börse muß niedergerissen werden, an die Stelle der Bank von Frankreich muß die Bank des Volkes treten." — Bekanntlich geben sich die Socialisten für die wahren Ausleger des Evangeliums aus und schelten die Priester Scheinheilige, Pharisäer und Volksausbeuter. Hören Sie, wie es mit dem Christenthum dieser neuen Apostel steht. Der Präsident des Clubs im Saale Moliere wurde für unwürdig erklärt, diesem Posten vorzustehen, weil er Mitglied des Wohlthätigkeits-Vereines des heil. Vincenz von Paula gewesen sei. In einem anderen Vereine sprach ein socialistischer Priester folgendes Gebet: „Gott, der du allmächtig bist, mache, daß Vidal, Carnot und de Flotte in die Kammer kommen. Gott, der du Frankreich liebst, mache, daß V., C. und de F. gewählt werden. Gott, der du das Glück des Volkes willst, mache, daß V., C. und de F. &c. Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heil. Geistes." Dabei bekreuzte sich der Redner und brach nebst dem Auditorium in ein schallendes Gelächter aus. — Die gotteslästerlichste Ansprache wurde zu Puteaux gehalten. Sie lautete ungefähr so: „Die alte Welt fällt zusammen. Wir haben sie in das Thal Josaphat berufen, damit sie ihr Urteil aus dem Munde des Erlösers vernehme. Priester, Adelige, Aristokraten, wir werden Euch Alle aufhängen. Wir werden Euren Christus vom Ebenholze zerschmettern und an dessen Stelle den einzigen Christus setzen, den lebendigen Gott, das socialistische Volk." (Lpz. Z.)

Paris, 18. März. Die französischen Ersatzwahlen vom 10. März in die National-Versammlung haben 21 socialistische und 10 conservative Repräsentanten geliefert; also hat die sociale Partei gegen vorigen Frühling etwa zehn Stimmen in der National-Versammlung verloren.

Es heißt, daß die Regierung zwei Gesetze vorlegen wird: 1) Zur Wiederherstellung des Zeitungsstempels und Erhöhung der Caution von 24,000 Franken auf 50,000; 2) zur gänzlichen Aufhebung der Wahlversammlungen. (Ref.)

Schweiz.

Bern, im März. (Brief eines deutschen Flüchtlings.) Die halbofficiellen Drohungen und stillen Rüstungen der dynastischen Mächte gegen die Schweiz haben bekanntlich den Bundesrath noch in seinem Eifer bestärkt, die Entfernung der deutschen Flüchtlinge aus der Schweiz zu betreiben. Mit Ausnahme einiger Wenigen sind alle jene Männer, die in Baden und der Pfalz eine officielle Stellung in der Regierung oder im Revolutionsheere eingenommen hatten, bereits entfernt. In Bezug auf die Uebrigen sträubt sich zwar der Schweizer Nationalstolz und in ihm das richtige Gefühl, das alte Asylrecht für immer einzubüßen und die eigene seit wenigen Jahren erst errungene Freiheit gegen eine weitere oder allgemein officielle Ausweisung aller politischen Flüchtlinge aus der Schweiz. Jedoch sucht man alle erdenklichen Mittel hervor, den Flüchtlingen selbst das Leben in der Schweiz arg zu verleiden. So hat man schon vor vielen Monaten, und von Zeit zu Zeit wiederholt, die Flüchtlinge halbofficiell mit väterlichen Worten ermahnt, doch ja zurückzukehren in ihr Vaterland; man hat ihnen die Rückkehr mit allerlei Vorspielung vorhandener oder doch bald erscheinender Amnestie plausibel zu machen gesucht. Man hat ferner die verbotenen Anwerbungen für Neapel (!!) unter den Flüchtlingen fortsetzen lassen. Jetzt hat der Bundesrath von Frankreich auch noch freie Reise nach Algier für die Flüchtlinge ausgewirkt; vor einigen Tagen wurde hier die tragi-komische Scene erlebt, wie der Bundesrath jeden einzelnen Flüchtling, den Jüngling wie den Greis, den Mann in der zerrissenen Blouse, wie das Mitglied des Parlaments, zu Protokoll gefragt: „ob er nicht eintreten wolle in die französische Fremdenlegion in Algier für freie Reise dahin?" Um möglichst zu drängen, haben die meisten Cantone die bisher einkasernirten Flüchtlinge ganz ausgestoßen; und Bern, bisher in seiner Regierung der loyalste Canton, hat den Einkasernirten wenigstens die Beköstigung aufgesagt. Doch weil die Meisten wissen, wie schlecht es ihren Brüdern in Algier geht und wie wenig sie dort für die Freiheit wirken können, so hat dieses Alles nur 5 Deutsche und 13 Ungarn auf die bundesräthliche Werbungsliste gebracht — von den Polen Keinen. Diese, die Polen, gehen in diesen Tagen sammt und sonders nach Frankreich, wohin die Deutschen nicht dürfen.

Italien.

Rom, 14. März. Die für den 7. April festgesetzte Ankunft des Papstes in Rom ist allen Gesandten officiell mitgetheilt worden. Es werden glänzende Vorbereitungen für den festlichen Empfang Sr. Heiligkeit bereits getroffen. (Wand.)

Großbritannien.

London, 16. März. Die „Times" beschäftigt sich von Zeit zu Zeit mit der englischen Staatsschuld und mit der Nothwendigkeit, an die Tilgung derselben ernstlich zu denken. Heute giebt ihr wieder der Ueberschuß der diesjährigen Staatseinnahmen über die Ausgaben um mehr als 2 Millionen Veranlassung dazu. Diese Schuld beträgt bekanntlich 776,465,435 Pfd. St. Innerhalb der letzten 20jährigen Friedensperiode sind nur 7 Millionen getilgt, dagegen 35 Mill. hinzugekommen, was also eine Minusbalance von 28 Mill. ergiebt. Ein anderes Journal hatte behauptet, das mit 2 Mill. jährlich die Schuld erst in 400 Jahren getilgt werden könne. Darauf hatte die Times nachgewiesen, daß 200 Jahre dazu hinreichten, und heute wird in einem eingesandten Artikel berechnet, daß die jährliche Anlegung von 2 Mill Pfd. zu dem gegenwärtigen Preise der Fonds, d. h. zu 3 Procent, jene Summe von 780,000,000 in 86 Jahren tilgen würde. (Nat.-Z.)

(Fortsetzung im Beiblatt.)

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 36.

Görlitz, Sonnabend den 23. März 1850.

Griechenland.

Pyräus, 12. März. Noch herrscht der alte Zustand. Das zu Corfu verbreitete Gerücht, daß ein Theil der brittischen Flotte nach den Dardanellen abgesegelt sei, ist ungegründet. Die Regierung des Königs Otto weigert sich beharrlich mit England zu unterhandeln, bevor nicht die Flotte von Salamine abgesegelt und die aufgegriffenen Fahrzeuge zurückgegeben sein würden. England hat sogar neue Entschädigungsforderungen wegen der angeblichen Beraubung mehrerer englischer Schiffe im Befreiungskriege gestellt. Die am 9. erfolgte Uebergabe einer energischen russischen Note erregte die freudigste Sensation. Im Hafen von Pyräus liegen derzeit 2 französische Schiffe, 1 englisches, 1 österreichisches, 2 russische. Am 10. d. Mts. ging ein englischer Courier in größter Eile nach Constantinopel ab. Der Handel hat zur Zeit lebhaften Aufschwung genommen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Bericht eines Lausitzer Auswanderers.

(Schluß.)

Jetzt Einiges von dem Orte, wo ich bin, und der Anstalt, der ich diene. — Wards=Island, ein Inselchen im östlichen Arme des Hudson=Stromes, 15 Minuten lang und 10 Minuten breit, erfreut sich der reizendsten Lage; rings herum schwärmen Dampf= und Segelschiffe von allen Gattungen; an den beiden Ufern erblickt man die prächtigen Villen der New=Yorker Rothschilde und in größerer Entfernung die zahllosen Thürme der Städte New=York, Brooklyn und Williamsburgh. Ich sehe mir schon seit 6 Monaten diese herrliche Gegend an, staune aber noch jeden neuen Morgen, wie am Anfange, über das wundervolle Schauspiel, das sich meinen Augen öffnet. Arme Bewohner meines einsamen Geburtsdorfes, die Ihr über trockene Kienäpfel stolpert, den Streusand feiner knetet, um von der nahen Höhe nichts als einige Kirchthürme zu sehen, — kommt hieher und erzählt Euch dann, was Welt ist! — Von meinem feinen Zimmer aus, in dem auch der eleganteste Teppich nicht fehlt, erblicke ich die auf der Insel Manhattan gelegene Eisenbahn und in einiger Entfernung davon die berühmte Wasserleitung „High Bridge", die das sogenannte Croton=Wasser 3 Stunden von New=York in diese Stadt führt.

Bei uns geht Alles nach der Glocke! Früh um 7 Uhr ruft sie nach dem Speisesaal zum Frühstück, um 1 Uhr zum Mittagsessen und um 6 Uhr Abends zum Thee. Außerdem steht es in unserem Belieben, zu jeder Zeit Wein, Porter und verschiedene Südfrüchte zu genießen. Anfangs wollte mir die englische Kost nicht recht munden, jetzt schmeckt sie mir schon besser. Beim Frühstück verstehe ich schon recht gut in Fleisch, Fische, Kuchen, Reiß rc. einzuhauen, auch bin ich mit dem blutigen Braten schon recht vertraut geworden, nur den Thee werde ich, wie sonst, auch hier wol stets verachten. — Die Anstalt selbst besteht erst seit 2½ Jahren; sie umfaßt jetzt 2103 Seelen, von denen 8—900 im Hospital als Kranke verpflegt und die Uebrigen im sogenannten Refuge (Zufluchtsstätte) als Arme ernährt werden. Im Durchschnitte haben wir 2 Theile Irländer, 1 Theil umfaßt Deutsche, Franzosen, Spanier, Italiener rc. Die Kosten der Anstalt belaufen sich auf ½ Million Dollars jährlich. Die Verwaltung und Pflege läßt noch Manches zu wünschen übrig. — Hier aber kann man Menschenkenntniß studiren; hier liegt meistentheils der Auswurf der Menschheit vor Augen; Ausnahmen findet man nur selten. Unter bemerkenswerthen Pfleglingen der Anstalt hebe ich einen früheren Kaufmann B. aus Magdeburg hervor; er gibt vor, einmal 80,000 Thlr. besessen zu haben, und gleicht in seinen Lumpen einem Bettler von Profession, — vielleicht 28 Jahre alt! — dann einen früheren Dr. philos. und Professor R. aus Marburg; dieser besitzt zur Zeit wenig Philosophie, und es ist möglich, daß er nächstens in eine Irrenanstalt gebracht werden muß. Außerdem haben wir im Hospital gewesene Bürgermeister, Kaufleute in Menge, auch Gutsbesitzer, die großentheils Vermögen mitbrachten, sich aber in die Verhältnisse des Landes nicht zu schicken wußten, in's Blaue hinein speculirten, bis sie in dieser Anstalt endlich ihr Unterkommen suchen mußten. Viele, sehr Viele bereuen es, aus ihren früheren, mitunter sehr guten Verhältnissen getreten zu sein. — Wie in Deutschland, so ist auch hier Glück und Empfehlung zum Fortkommen unentbehrlich. — Man rühmt bei uns das Farmerleben. Nur der wird sich hier als Farmer (Landbesitzer) glücklich fühlen, der keine Ansprüche an Geselligkeit macht, mit der größten Lust und Liebe Bäume fällt, den Pflug selbst führt, und dann noch, wenn er ja den für Fremde so höchst schädlichen plötzlichen Temperatur=Veränderungen glücklich entgangen ist, wird er höchstens für seine Kinder gearbeitet haben. Vieles, was ich früher über America gelesen habe, ist so einseitig aufgefaßt, daß schlechterdings Niemand dem Rathe des einen oder des andern Schriftstellers unbedingt folgen darf. — Wenn man sagt: Frauen oder Mädchen müßten nach America gehen, dort könnten sie ihr Glück machen, so lache ich herzlich darüber. Zum Spaß will ich Euch mittheilen, daß der politische Flüchtling K. aus P. in S. vor ungefähr 3 Monaten nach New=York kam, und wegen Mangel an Geld im Begriff war, sich als Eisenbahnarbeiter zu etabliren, da fällt es einer hübschen wohlhabenden Americanerin ein, der er gefällt, ihn zu heirathen. Ich war zu seiner Hochzeit geladen, hatte aber an diesem Tage nicht Zeit, zu erscheinen; ein paar Tage später besuchte ich das junge Ehepaar, von dem der eine Theil nur deutsch, der andre nur englisch verstand. Ich fand sie beide höchst glücklich, im wechselseitigen Sprach=Unterricht begriffen. — Was der Vater früher an mir so häufig tadelte, daß ich mich über gar nichts wundern könne, und alles so natürlich fände, kommt mir hier ausnehmend gut zu Statten. Ich stolpere mein'twegen über ein auf der Landstraße gefallenes Pferd, da sehe ich mich, wie ein geborner Engländer, gar nicht darnach um, oder es boxen sich ein Paar Bummler auf der Straße, daß die Augen aus dem Kopfe fliegen, da mache ich's, wie die New=Yorker Polizei, ich sehe erst gar nicht hin. Das ist americanische Sitte!

Die jetzt hier herrschende barbarische Kälte theilte sich vergangene Nacht (den 4. Febr.) auch meinem Zimmer mit, so daß es mir nicht möglich war, den Brief noch gestern Abend zu vollenden. Heut' erst, den 5. Febr., früh 6 Uhr, vollende ich ihn, und werde ihn Nachmittags selbst nach der Stadt bringen, um ihn am Bord des Dampfschiffs „Niagara" abzugeben. Deßhalb nur noch Einiges! — Zu den Landessitten gehört die größte Reinlichkeit, vorzüglich auch in der Wäsche, die äußerst fein getragen wird. Eine Americanerin übersieht einen abgetragenen Rock, auch geflickte Stiefeln, aber nicht ein grobes unsauberes Hemd. Die Sitte, die Wäsche zwischen förmlichen Reibeisen zu reinigen, führt bald den Ruin herbei; man wechselt mindestens alle 2 Tage ein Hemd, weßhalb die Wäsche jährlich eine bedeutende Ausgabe bedingt. — Seitdem ich hier bin, ist die Cholera noch nicht eine Woche lang von unsrer Insel gewichen. Im Sommer verging sie sich sogar an Beamten, und fiel ihr die liebenswürdige Frau eines unserer Aerzte zum Opfer. Da sie durchaus nicht ansteckend ist, und nur durch schlechte Lebensweise und verdorbene Luft bedingt wird, so habe ich nicht die geringste Furcht davor. Unsre Kurmethode ist die mit kaltem Wasser, welche nach hiesiger Beobachtung die zweckmäßigste ist. Bei meiner nahrhaften Kost trinke ich des Morgens 2 Glas Wein, den Tag über recht frisches Wasser, und Abends ein einziges Glas Porter. Dabei fühle ich mich wohl an Geist und Körper, wozu auch gewiß häufige Bäder viel beitragen, die mir stets zu Gebote stehn.

Ich fange an, immer schlechter zu schreiben, hab' nicht 'mal Zeit mehr, das Geschreibsel noch einmal durchzulesen. — Ich küsse Euch Alle im Geist; Ihr aber mögt alle Freunde und Verwandte, die es gut mit mir meinen, auf das Herzlichste grüßen. So Gott will und mein Glück mich ferner unterstützt, lebe ich der frohen Hoffnung, Euch in 5—6 Jahren einmal wieder zu sehen, wo ich Euch Alle noch munter und zufrieden anzutreffen denke.

Schreibt bald, was ich sehnlichst wünsche, und recht viel, wenn auch der Brief schwer wird, ich will gern das Porto tragen, dafür werfe ich als Yankee*) gern ein Paar Dollars hin. — Der heutige Tag ist zugleich ein Festtag für mich; — ich kam seit 6 Wochen nicht von unserm Inselchen, (reines Sparsamkeits=System!) — das Wetter ist prächtig; ich will heut viel in der Stadt beschauen, Abends auch zum ersten Mal die italienische Oper besuchen. Lebt wohl, und gedenkt in Liebe rc.

*) Yankee ist ein gebräuchlicher Spitzname zur Bezeichnung eines echten Anglo=Americaners.

Lausitzer Nachrichten.

Von der Königl. Regierung zu Liegnitz ist der Lehrer Julius Braun als dritter Lehrer an der Stadt- und Landschule zu Rothenburg O./L. bestätigt worden. — Der Candidat des Predigtamts Wehlam ist als Pfarr-Substitut in Schleife, Kr. Rothenburg, bestätigt worden.

Das Schwurgericht zu Lübben ist aufgehoben, und es sind die Kreisgerichte Lübben und Luckenau mit dem Schwurgerichtsbezirk zu Cottbus vereinigt worden.

Der Rathsherr Johann Gottlob Straßer zu Lübben ist wiederum auf 6 Jahre gewählt und bestätigt worden.

Landwirthschaftliches.

(Schlesische Schafzüchterei.) Welchen Aufschwung schlesische Schafzucht in neuerer Zeit genommen, welche Anerkennung und Bedeutung dieselbe im Auslande erlangt hat, zeigt nachstehende Thatsache. Das Haus James von Rothschild in Paris hat Aufträge zum Ankauf von schlesischen hochedlen Zuchtböcken für seine französischen Besitzungen gegeben, und in Folge dessen gehen in nächster Zeit Stähre aus der Stammschäferei zu Pr. Oderberg, durch einen Beamten begleitet, nach Paris. Im nächsten Jahre soll ein Transport Mutterschaafe denselben Weg nehmen.

Allerhand.

Preußen. Versuche mit Steinpappen. Auf Anordnung des Kgl. Ministeriums für Handel und Gewerbe sind über die Feuersicherheit der in den Papier-Fabriken der Gebrüder Ebart in Spechthausen bei Neustadt-Eberswalde gefertigten Steinpappen, bei deren Anwendung zu Dachdeckungen unter Zuziehung von Sachverständigen, Versuche angestellt worden. Die Gutachten der Bau-Deputationen gehen dahin, daß die mit jener Steinpappe gedeckten Dächer den gewöhnlichen Ziegeldächern in Bezug auf Feuersicherheit im Wesentlichen gleich zu achten.

(Theebau in Nordamerika.) Die im Jahre 1848 im Staate Carolina angelegte Theeplantage ist bis jetzt sehr gut gediehen. 500 Sträucher, die 1848 aus China über London, kamen, pflanzte man im December in einen Garten, und streute zugleich auch eine bedeutende Menge Theesaamen aus. Den strengen Winter und Frühling waren die Pflanzen ihrem Schicksale überlassen, aber die rauhe Jahreszeit haben sie glücklich überstanden und stehen jetzt frisch und gesund. Mehre Species von Thee haben Knospen. Die Theepflanze trägt Frucht, und Saamen erst ein Jahr nach der Blüthe. In diesem Jahr hofft man die erste Thee-Erndte zu halten. Man schätzt den Theeverbrauch in den Vereinigten Staaten auf 11 Millionen Pfund, den in Europa auf 50 Millionen Pfund. China producirt 900 Millionen Pfund, von denen China nur 90 Millionen Pfund ausführt.

Auf dem Gute Skrivan im Königgrätzer Kreise Böhmens wird eine Pflanze cultivirt, deren Blätter den chinesischen Thee vollkommen ersetzen sollen.

Gegen die Volksschullehrer in Frankreich wird von den Präfecten ohne Unterlaß mit großer Strenge verfahren. Täglich melden die Provinzialblätter neue Absetzungen, so daß man bereits Subscriptionen eröffnet hat, um den Lehrern zu Hilfe zu kommen!

In Philadelphia wurde ein junger Mann wegen Untreue gegen seine Angebetete zu 300 Dollars Schadenzahlung verurtheilt. Der Verklagte entschuldigte sich damit, daß das Heirathsversprechen am Sonntage gegeben und, vom geschäftlichen Gesichtspunkte aus betrachtet, deshalb ungültig sei.

Ein Pariser Blatt sagt über Eugen Sue's neuestes Werk: „Die Geheimnisse des Volks", gegen welches bereits gerichtliches Einschreiten erfolgte: Dieser Roman ist ganz direkt gegen das Eigenthum gerichtet, das in einer Madame St. Leonard personificirt ist, welche mehr als 100,000 Fr. für die Einrichtung von 6 Zimmern verschwendet, und in reichen „Bürgern", die ihre Hunde mit Geflügel füttern. Was die ganze Tendenz des Buches betrifft, so muß man um so mehr darüber staunen, da ganz Paris weiß, daß der Verfasser einen stark orientalischen Geschmack hat, und daß es von Herrn Sue, in Anbetracht des von ihm getriebenen Luxus, eine Heuchelei ist, sich zum Verfechter des Communismus aufzuwerfen. Seine Lakaien, stets in Livree, mit seidenen Strümpfen und weißen Handschuhen, präsentiren ihm die ankommenden Briefe auf einem silbernen Teller. Sein Mobiliar wird auch auf 100,000 Fr. angeschlagen. Aber das gute Volk weiß das nicht, und hält ihn daher um der Tendenz seiner Schriften willen für einen Messias, der seiner Noth abhelfen wolle.

Bekanntmachungen.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.